

Nach dem Eintritt der SPD in eine weitere große Koalition gibt es in Deutschland derzeit keine oppositionelle Machtperspektive mehr. Die Scholz-Nahles-SPD schrumpft unaufhaltsam; mit ihrer „Erneuerung“ hat sie noch nicht einmal angefangen. Die Linkspartei wird durch ihren sektiererischen Flügel gelähmt, und die Grünen sind zu Merkels letzter Einsatzreserve mutiert. Wer sich nicht in die schwarz-rot-grüne Einheitsfront einreihen will, dem bleiben nur Protestwahl oder Wahlenthaltung. So landet mancher bei der AfD, der dort nicht landen müsste. Zugleich sind viele linke Mitglieder der SPD von vielen nicht-sektiererischen Mitgliedern der Linkspartei nicht zu unterscheiden, und dasselbe gilt für viele Nichtwähler. Alle diese könnten in einer neu organisierten Schnittmenge von linker SPD und realistischer Linker eine wahlpolitische Heimat finden.

Warum wäre das für das Land gut? Die Merkel'sche Sammlungsbewegung kann auf das wachsende Chaos in Europa und der Welt nur noch mit symbolpolitischen Beruhigungsspielen aus dem Medikamentenvorrat ihrer Spin-Doktoren reagieren. Reagiert, nicht regiert, wird für die jeweils nächsten ein, zwei Monate, dann muss die PR-Abteilung nachlegen: *impression management* auf Sicht. Derweil werden die sich verschärfenden Probleme der deutschen und internationalen Politik nicht einmal mehr diskutiert. Die SPD schweigt, als Juniorpartner der CDU und weil sie selber von jeder ernsthaften Auseinandersetzung zerrissen würde. Die Grünen warten darauf, als Ersatz für die CSU oder eine totgeschrumpfte SPD in die Regierung kooperiert zu werden. Die AfD kann nur mit Schaum vor ihrem niederträchtigen Mund sprechen und rechtfertigt damit, dass ihr niemand antwortet. Und die Linke erstickt unter dem Moralisierungsdruck ihrer von keinerlei Aussicht auf praktische Wirksamkeit disziplinierten Basis.

Die Folge ist, dass die großen Fragen der Gegenwart – Globalismus und Nationalstaatlichkeit, Kapitalismus und Demokratie, Krieg und Frieden, das Scheitern der Klimaziele – in der deutschen Diskussion nicht wirklich auftauchen. Stattdessen erhebt man die Feinheiten des nationalen und internationalen Asylrechts zu politischen und moralischen Schlüsselfragen, um die Aufmerksamkeit der Bürger vom Versagen ihrer politischen Klasse abzulenken und deren Beschäftigung mit sich selbst und ihren Verkaufsstrategien als verantwortliche Regierungstätigkeit zu drapieren.

Der Pflichtenkatalog nach der Schuldenbremse

Was könnte, was müsste eine neu aufgestellte, zur Besinnung gekommene, weder sektiererische noch merkelgetriebene Linke öffentlich zur Sprache bringen? Welche Themen gäbe es, durch deren Aufgreifen sie sich über die dringend notwendige Repräsentation unterrepräsentierter sozialer Milieus hinaus nützlich machen könnte? Die Liste erscheint endlos. Seit einem knappen Jahrzehnt gilt in Deutschland eine sogenannte Schuldenbremse, in der Verfassung verankert durch eine große Koalition. Heute hindert sie den deutschen Staat daran, die Nullzinsen auf den Kapitalmärkten zu nutzen, um eine verfallende Infrastruktur zu sanieren und die zahllosen finanziell überforderten Kommunen durch Entschuldung wieder handlungsfähig zu machen.

Wenn man schon glaubt, die Steuern für Unternehmen und Spitzenverdiener nicht erhöhen zu können – und wenn gleichzeitig ein immer weiter wachsender Anteil des Steueraufkommens zur Subventionierung der beitragsfinanzierten sozialen Sicherungssysteme aufgewendet werden muss oder soll –, müsste ein durch Kredit finanziert nationaler Infrastrukturfonds zumindest dafür sorgen, dass es in Schulen nicht mehr durch das Dach regnet und Brücken und Straßen nicht zerbroßen. Er könnte auch Zukunftsinvestitionen in die digitale Grundausrüstung leisten. Führende Ökonomen argumentieren, dass eine höhere deutsche Staatsverschuldung auch helfen könnte, den in Europa und darüber hinaus provozierend wirkenden deutschen Leistungsbilanzüberschuss abzubauen. Der Weg dorthin wäre lang und schwierig. Beschriften werden könnte er nur durch eine Linke, die bereit ist, sich ernsthaft auf Regierungsverantwortung einzustellen. Jahrzehntlang kultivierten „schwäbischen Hausfrauen“ zugeschriebenen Wirtschaftstheorien wäre abzuschwören. Die Finanzverfassung wäre zu ändern oder zu umgehen. Die hinter der „Schwarzen Null“ stehende politisch-ökonomische Austeritätskoalition wäre zu kündigen.

Eine Abkehr von der deutsch-nationalen Schuldenbremse könnte im Übrigen das Ende einer Europapolitik einleiten, die spätestens seit 2008 von Krise zu Krise strauchelt. Dem Fiskalkontrakt, der dem *financial waterboarding* Griechenlands durch Merkel-Europa die Grundlage geliefert hat, würde der Boden entzogen. Über kurz oder lang müsste das Eingeständnis folgen, dass Europa nicht nach technokratischen Einheitsrezepten von oben herab regiert werden kann. Eine erneuerte deutsche Linke hätte deutlich zu machen, dass das Problem nicht darin besteht, dass „wir“ im Euro draufzahlen – im Gegenteil ist der Euro wirtschaftlich längst eine deutsche Bonanza –, sondern dass viele unserer Partner unter dem von uns hartenkäfig verteidigte geld- und fiskalpolitischen Regime keine Luft bekommen. Gelegentliche Sozialtransfers von Nord nach Süd, wie sie in den identitären Linken manchen vorschweben, wären nichts anderes als milde Gaben, die nichts wirklich ändern würden.

Solange der Euro nicht so umgebaut wird, dass die unter ihm leidenden Länder

Hört auf, Europa als einen Wechselbalg zu behandeln!

Raus aus der Sektiererei: Was muss eine zur Vernunft gekommene Linke öffentlich zur Sprache bringen?

Von Wolfgang Streeck



Foto: AP

für sich selber sorgen können – auch und vor allem durch mehr souveräne Flexibilität in ihrer Geldpolitik –, solange wird Europa in wirtschaftlicher Lage und politischer Stimmung auseinanderwachsen. Was in Italien passiert ist, wird sich in Frankreich wiederholen. Der Merkel'sche Slogan „Wenn der Euro scheitert, scheitert Europa“ muss im Interesse europäischer Solidarität als das kenntlich gemacht werden, was er ist: bestenfalls Ausdruck politischer Einflusslosigkeit, sicher aber die politische Formel eines deutschen Wirtschaftsperialismus. In Wahrheit verhält es sich genau andersherum: Nur wenn der Euro grundlegend um- oder, wenn das nicht möglich ist, rückgebaut wird, wird Europa überleben.

Ideen für eine neue Regionalpolitik

Zurück zu Deutschland, wo trotz bester Beschäftigungs- und Finanzlage mehr als 4,2 Millionen Personen von Sozialhilfe („Hartz IV“) abhängen. Mehr als ein Viertel davon, 1,2 Millionen, sind sogenannte „Aufstocker“, die zwar einen Arbeitsplatz oder auch zwei haben, dabei aber weniger verdienen als das von Hartz ohnehin kümmern genug bemessene Existenzminimum: Subventionierung von Lohndrückerei in der gewerkschaftsfreien Zone des Dienstleistungssektors. Ein Teil der Hartz-IV-Bevölkerung, nicht alle, gehört zu den rund 1,5 Millionen Klienten der mittlerweile 930 Tafeln. Armut kann man auf verschiedene Weise messen, und wie man das macht, darüber kann man endlos streiten. Unbestreitbar aber ist, dass das größte Armutskrisi in Deutschland darin besteht, eine alleinerziehende Mutter von zwei oder mehr Kindern zu sein. Je mehr Flüchtlinge übrigens in Hartz-IV hineinwachsen – schon heute stammt jeder zehnte Empfänger, im Behördenjargon, aus „Fluchtmigration“ –, desto unwahrscheinlicher wird es, dass unsere Willkommensparteien sich trauen werden, die Hartz-IV-Sätze zu erhöhen. Stattdessen werden sie die nach Maßgabe der „Schwarzen Null“ verfügbaren Mittel unter eine wachsende Empfängerzahl aufteilen.

Mit höheren Sozialhilfesätzen wäre es allerdings ohnehin nicht getan. Höhere Mindestlöhne wären besser, allgemeinver-

bindliche Tarifverträge noch besser, nicht zu vergessen „Bildung, Bildung, Bildung“ für das rapide wachsende, perspektivlose Subproletariat der prekären Niedriglohn-Paketboten. Und wenn schon Sozialbeiträge durch Steuern ersetzt oder ergänzt werden, dann läge es nah, jedenfalls für eine Linke, die sich ihren Namen verdienen wollte, damit am unteren Rand des Arbeitsmarktes zu beginnen, wo gleich hohe Beitragssätze für alle zu einer skandalös regressiven Abgabenbelastung führen, die selbst den OECD-Vergleichern immer wieder auf das Unangenehme auffällt.

Ein weiteres, ebenfalls erstaunlich erfolgreich beschwiegene Thema ist das regionale Wohlstandsgefälle zwischen West und Ost. Das Pro-Kopf-Einkommen in den vormalen neuen Ländern liegt immer noch um fast ein Fünftel unter dem in Westdeutschland, und das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf sogar nur bei knapp siebzig Prozent. Der Abstand ist seit Jahren derselbe. Niemand scheint zu wissen, wie dem abzuheilen ist. Weite Landstriche im Osten leiden unter Abwanderung, Verödung und Verfall ihrer Infrastruktur, ähnlich wie der Mittlere Westen der Vereinigten Staaten. Erstmals hat denn auch bei der letzten Bundestagswahl die AfD die Linke als ostdeutsche Regionalpartei überholt. Solange unsere Staatsparteien die Misere durch moralische Belehrung der dortigen Wähler über die von ihnen zu beachtenden „Werte“ zu bekämpfen suchen, wird diese Entwicklung weitergehen. Auch hier könnte ein, wenn nötig kreditfinanzierter, Infrastrukturplan Abhilfe schaffen, der an die Stelle des längst zweckentfremdeten Solidaritätszuschlags treten würde. (Für hohe Einkommen müsste der Solidaritätszuschlag in einen zusätzlichen, höheren Spitzenteuersatz umgewandelt werden.)

Noch wichtiger allerdings wäre es, die Misere im Osten als Ausdruck einer allgemeinen Tendenz hin zu wachsenden regionalen Disparitäten, darunter einer zunehmenden Kluft zwischen Stadt und Land, zu begreifen. Wenn diese nicht gebrochen wird, kann sie eine politisch verheerende Gesellschaftsspaltung zwischen cosmopolitans und locals bewirken, die den Vereinigten Staaten Trump und Großbritannien den Brexit gebracht hat. Hier könnte, ja müsste, über andere als die offenkundig ge-

scheiterten regionalpolitischen Ansätze politisch nachgedacht werden, etwa die Förderung eines modernen Genossenschaftswesens oder, warum nicht, regionaler Komplementärwährungen zur Förderung des sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalts, wie in der Schweiz, Großbritannien und Teilen Italiens.

Deutschlands weltpolitische Optionen

Vielleicht wäre es einer erneuerten, von einer realen Machtperspektive strategisch herausgeforderten Linken auch möglich, so etwas wie eine politisch nachhaltige Einwanderungspolitik zu entwickeln. Wenn Einigkeit besteht, dass die vom deutschen, europäischen und internationalen Recht postulierten Pflichtenkataloge jedenfalls nicht bedeuten, dass jeder jederzeit unbesehen in Deutschland einreisen und dort Unterstützung beanspruchen kann, ist Platz für pragmatische Gerechtigkeitspolitik. Diese hätte Fragen zu beantworten wie: Wer soll Priorität haben und zuerst kommen dürfen? Wen wollen wir nicht einreisen lassen, und wie setzen wir das durch? Für wen und wie viele können wir auf einem Niveau sorgen, das unseren Anspruch an uns selbst auf möglichst geringe Ungleichheit zwischen den Mitgliedern unserer Gesellschaft einlässt? Wie viel Platz ist in unserer Infrastruktur – Schulen, Wohnungen, Sozialhilfe usw. – für wie viele Neuankömmlinge pro Jahr? Wo beginnt Zuwanderung, unsere Arbeitsmärkte für einfache Arbeit unregulierbar zu machen und die Lohnspreizung in unserem Beschäftigungssystem unakzeptabel wachsen zu lassen? Wie könnte ein faires Einwanderungsgesetz aussehen, das neben einem Punktesystem für berufliche Qualifikationen und Kontingenzen für Familienzusammenführung und politisch Verfolgte auch ein Lossystem vorsehen müsste, um eine Privilegierung bestimmter Ethnien, Nationen und Kontinente zu verhindern?

Dazu wäre es nötig, aus einem Diskussionsmodus auszubrechen, der im Namen von „Weltoffenheit“ umstandslos Mitbürger, mit denen man gestern noch friedlich zusammengelebt hat, zu Nazis und Rassisten erklärt, nur weil sie ihre politisch er-

strittenen, mit ihren Steuern finanzierten Kollektivgüter vielleicht teilen, aber nicht für moralisch enteignungspflichtig erklären lassen wollen.

Auch nach außen, in Bezug auf die Selbstdarstellung Deutschlands in der Welt, gibt es jede Menge diskussions- und entscheidungsbedürftiger Fragen. „Der Westen“, die alte Ordnung der Welt, ist in Auflösung begriffen. Trump ist vor allem anderen ein Symptom für den Niedergang der Vereinigten Staaten als Führungsmacht, ein Niedergang, der auch nach ihm nicht enden wird. Trotzdem machen CDU und SPD die geopolitischen Narrenreien der orientierungslos gewordenen absteigenden Supermacht nobelpreisfrei weiter mit: in Syrien durch migrationspolitische Absicherung des Hinausziehens eines Krieges, den man nicht gewinnen kann und deshalb nicht enden lassen will; oder in Afghanistan, wo die Vereinigten Staaten seit Jahrzehnten unvorstellbar korrupte Regierungen mit Truppen und Dollars aussichtslos am Leben halten, während wir ihnen zuliebe eigene Truppen ins afghanische Feuer schicken und zugleich wehrfähige afghanische Männer, die keine Lust verspüren, uns bei der Bekämpfung der Taliban zur Seite zu stehen, als Flüchtlinge aufnehmen.

Dennoch verspricht die Bundeskanzlerin der Nato, also Trump, die Aufstockung des deutschen Verteidigungsetats von 1,2 auf 2,0 Prozent des Sozialprodukts, wobei die SPD vorsichtig in Erinnerung bringt, dass es technisch schwierig sein wird, so viel Geld auf einmal für Rüstung auszugeben. Ungefragt bleibt, wofür eigentlich gerüstet werden soll – für „humanitäre Interventionen“ in aller Welt? Zur Bekämpfung russischer Panzerarmeen auf der Krim, in der Ost-Ukraine oder in Estland? Zur Niederschlagung von Aufständen, gern auch islamistischer Art, gegen die französischen postkolonialen Präsenz in Westafrika? Oder am Ende gar zu zweierlei Einschüchterung Chinas und der Vereinigten Staaten?

Die Nebelkerzen in der Europa-Rhetorik

Nur zwei Beispiele für die Armut der außenpolitischen Diskussion in den etablierten Staatsparteien und ihren öffentlich-rechtlichen Inszenierungsräumen. Wenn die Vereinigten Staaten Europa und uns links liegen lassen, um sich auf den kommenden globalen Machtkampf mit China zu konzentrieren (den sie, wie die Dinge stehen, vermutlich auch nicht gewinnen können), ist es dann unsere „europäische“ Aufgabe, im Interesse eines sich auflösenden „Westens“ Russland in Schach zu halten? Müsste es nicht vielmehr darum gehen, gemeinsame Interessen mit einem Land zu kultivieren, das befürchtet muss, in der sich abzeichnenden Konfrontation zwischen den Vereinigten und China, entlang der „Neuen Seidenstraße“, zerrieben zu werden? Und als Frankreichs Präsident Macron durch deutsche Politiker, Philosophen und regierungshandzahme Journalisten wegen seiner „europäischen Visionen“ zum Anführer einer liberal wertverdelten Version von Sozialdemokratie erklärt wurde, blieb die Ausplunderung der Rohstoffe Westafrikas durch französische Unternehmen und den französischen Staat, unter aktivem Einsatz französischer Truppen, wohl nicht ganz zufällig unerwähnt.

So fehlt bis heute in der deutschen Diskussion über die von Macron vorgeschlagenen neuen gemeinsamen Militäreinheiten jede Nachfrage über ihren Zweck, auch wenn die Vermutung naheliegt, dass sie ihre „Mission“ vor allem im Mali, Niger, Tschaud, der Zentralafrikanischen Republik, im Kongo und in Ruanda zu erfüllen haben werden. Haben wir als deutsche Europäer dort wirklich etwas zu suchen und wenn ja was? Seltene Erden? Terroristen? Absatzmärkte für überschüssige, exportsubventionierte europäische Agrarprodukte, zur Zerstörung der letzten Reste der einheimischen Subsistenzlandwirtschaft?

Die deutsche politische Diskussion steht unter einem eigentümlichen Biederkeits- und Euphemismuszwang, der ein kollektives Wegmoralisieren von Schicksalsfragen zur Folge hat und sich als Sentimentalisierung politischer Probleme und sentimentale Personalisierung politischer Konflikte auswirkt. „Europa“ wird zur Lösung für alles; die Krise des Kapitalismus und der Demokratie, die wachsende soziale Ungleichheit, den Aufstieg Asiens und den Abstieg des Westens, die Konfrontation mit Russland über das, was es als *cordon sanitaire* beanspruchen zu können glaubt, die Energieversorgung, die Terrorismusbekämpfung, die Flüchtlinge und den „Populus“ von rechts und links. Dabei nimmt es nach Bedarf wie ein Wechselbalg jede nur denkbare Form an, als flexible Projektion eines gleichenmaßen Guten und Profitablen: pro bono, contra malum.

Bis „Europa“ steht, also bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag, wird in der deutschen Öffentlichkeit Politik durch sprachliche Moralprüfungen ersetzt. Wer es versäumt, die immer zahlreicher werdenden semantischen Geißlerhüte korrekt zu grüßen, läuft Gefahr, als neonazistischer Freund eines „Zurück in den Nationalstaat“, und damit als Befürworter einer Wiederaufnahme der europäischen Landkriege des neunzehnten und frühen zwanzigsten Jahrhunderts, aus der „pro-europäischen“ Kommunikationsgemeinschaft vertrieben zu werden. Der Preis, den unsere Gesellschaft für die so erzeugte, durch die Merkel'sche PR-Maschine virtuell fortgesetzte Tatsachen und Problembindheit zu zahlen hat, ist längst zu hoch geworden. Eine neu organisierte, realistische, das heißt reale politische Macht und Verantwortung suchende Linke erscheint als letzte Hoffnung derer, die dem ein Ende bereiten wollen.

Wolfgang Streeck ist Direktor emeritus am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln.